

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 11.04.2023**

„Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs und der Energiekrise“

**„Sicherstellung der Versorgung der Gefangenen in der JVA  
und Maßnahmen zur Energieeinsparung“**

**A. Problem**

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 15.11.2022 den Umgang mit den Folgen des Ukraine-Krieges – Gasmangellage, Energiepreiskrise und weiterer Folgen des Krieges – erörtert und dabei festgestellt, dass sich der Krieg unmittelbar auch auf die Energieversorgungssicherheit in Deutschland auswirkt. Als Maßnahmen zur Energieeinsparung sind insoweit auch die Umrüstung der konventionellen Beleuchtung auf energiesparende LED-Technik sowie die Durchführung von Energieaudits und Energieberatungen identifiziert worden.

Der Senat hat der Bürgerschaft gemäß Senatsbeschluss vom 17.01.2023 einen Nachtragshaushalt vorgelegt, den die Bürgerschaft im März 2023 beschlossen hat und der Mittel im Umfang von 500 Mio. € als Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der damit verbundenen Energiekrise bereitstellt.

Der Senat hat mit Beschluss vom 21.03.2023 den Rahmen für ein Steuerungsverfahren für den Haushaltsvollzug der im Nachtragshaushalt 2023 vorgesehenen Globalmittel zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise geschaffen und verbindliche Antragsformulare vorgegeben.

## 1. Energiesparmaßnahme

Die Beleuchtung im Gebäude der Senatorin für Justiz und Verfassung ist flächendeckend mit konventioneller Beleuchtung ausgestattet und trägt so zu einem maßgeblichen Anteil zum aktuell hohen Energieverbrauch bei der Gebäudebewirtschaftung bei. Zudem erfolgt die Schaltung der Beleuchtung auf den Verkehrsflächen über manuelle Lichtschalter, so dass die Beleuchtung während der gesamten Betriebszeit durchgehend Energie verbrauchen. Es sollen daher Maßnahmen im Bereich der Beleuchtung und Beleuchtungssteuerung zur Energieeinsparung umgesetzt werden.

## 2. Energieaudits und Energieberatungen

Die Justizvollzugsanstalten, die Gerichte und Staatsanwaltschaften generieren in ihren Gebäudekomplexen für die ihnen obliegenden Aufgaben einen erheblichen Energiebedarf. So verbraucht allein die Justizvollzugsanstalt Bremen jährlich ca. 2,5 Mio. kWh für den Betrieb der sicherheitstechnischen Einrichtungen, Beleuchtungen und für die Versorgung der Gefangenen. Auch für die Gewährleistung des Rechtsschutzes für die Bürgerinnen und Bürger bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sind fast täglich nicht unerhebliche Energiekapazitäten bereitzustellen. Der Energieverbrauch der Einrichtungen soll unter Berücksichtigung der sicherheitstechnischen Anforderungen sowie der verlässlichen Bereitstellung der erforderlichen IT-Infrastruktur mit der Durchführung von Energieaudits und Energieberatungen analysiert und optimiert werden.

## 3. Maßnahmen der Notfallvorsorge

Bei Störungen innerhalb der Primärenergieversorgung wird auch mit einem länger anhaltenden Ausfall der Wärme- und Stromversorgung für die Justizvollzugsanstalten gerechnet. Ein korrespondierender Ausfall der Energieversorgung würde die humanitäre Unterbringung der Gefangenen ohne geeignete Maßnahmen verunmöglichen. Es sind daher zwingend vorbereitende Maßnahmen zur Versorgung mit Lebensmitteln und der Wasserversorgung, sowie des ausreichenden Wärmeschutzes für Gefangene für den Fall des Ausfalls der Energieversorgung sicherzustellen.

## B. Lösung

### 1. Energiesparmaßnahme

Neben dem Bremer Senat hat auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz festgestellt, dass sich der Energieverbrauch von Beleuchtungsanlagen durch den Einsatz hocheffizienter Leuchtmittel, wie zum Beispiel LED-Lampen und Leuchten mit guter Lichtlenkung, deutlich reduzieren lässt. Zudem ergeben sich Einsparpotenziale durch den Einsatz von Bewegungsmeldern und Helligkeitssensoren sowie durch eine optimierte Tageslichtnutzung und Lichtsteuerung. Durch den Austausch der bestehenden Beleuchtung im Gebäude der Senatorin für Justiz und Verfassung durch eine flächendeckende LED-Beleuchtung sowie Errichtung einer Präsenzsteuerung auf den Verkehrsflächen wird der Energieverbrauch im Dienstgebäude nachhaltig gesenkt werden. Durch die zu erzielende Energieeinsparung wird, neben den einhergehenden wirtschaftlichen Effekten, eine unmittelbare Wirkung auf die Resilienz des Versorgungssystems erreicht.

### 2. Energieaudits und Energieberatungen

Die für die Justizvollzugsanstalten, die Gerichte und Staatsanwaltschaften zu beauftragenden Energieaudits und Energieberatungen dienen der Identifizierung von realisierbaren Energieeinsparpotentialen unter anderem auch bei Betriebsprozessen in den betroffenen Liegenschaften. Die Maßnahmen folgen, neben den Feststellungen des Senats, auch den Empfehlungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Es ist zu erwarten, dass mit Durchführung der Maßnahmen für jeden Gebäudekomplex eine Analyse der Energiebilanz, Vorschläge für energieeffiziente Maßnahmen nebst Wirtschaftlichkeitsberechnung durch die Energieberater erstellt wird. In der Folge sollen gezielte Maßnahmen zur Energieeinsparung durchgeführt werden und so die Effekte zur Stärkung der Resilienz der Energieversorgung weiter fördern.

### 3. Maßnahmen der Notfallvorsorge

In der Justizvollzugsanstalt sind aktuell rund 650 Gefangene untergebracht. Auch im Falle einer Gasmangellage mit Ausfall der Wärme- und/oder Stromversorgung für die Justizvollzugsanstalt sind jederzeit die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen (sogenannte Nelson-Mandela-Regeln) einzuhalten.

Es sind deshalb auch während einer Energiemangelversorgung Maßnahmen der hinreichenden Wärme-, Wasser- und Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Hierfür sind Notvorräte (Kaltlebensmittel), Decken, Wasserkanister und -tanks und mobile Notstromeinheiten zu beschaffen.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage beigefügten Antragsformulare verwiesen.

## C. Alternativen

Alternativen zur Vorbereitung der Einhaltung der Nelson-Mandela Regeln auch bei Ausfall der Wärme- und/oder Stromversorgung der JVA bestehen nicht.

Anders als im Senatsbeschluss vom 15.11.2022 abgewogen, ist es denkbar, wenn auch nicht empfehlenswert, auf die Realisierung und/oder Identifizierung kurzfristiger Energieeinsparpotentiale zu verzichten.

## D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

### I. Finanzierungsplanung / Mittelabflussplanung

Nach dem aktuellen Planungsstand ergibt sich der in der Anlage dargestellte Finanzierungsbedarf:

Gegenstand	Betrag
Energiesparmaßnahme LED-Umrüstung	75.000,00 €
Energieaudit/Energieberatungen	35.000,00 €
Maßnahmen der Notfallvorsorge für die JVA	75.000,00 €
<b>Gesamt</b>	<b>185.000,00 €</b>

Die haushaltsmäßige Umsetzung erfolgt im neu eingerichteten Produktplan 99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise aus den vorgesehenen Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise. Zur Darstellung der Maßnahme wird eine Haushaltsstelle mit Bewirtschaftungsrechten für die Senatorin für Justiz und Verfassung eingerichtet, auf die nach Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses eine entsprechende Nachbewilligung mit Deckung aus den Globalmitteln erfolgt.

Eine Finanzierung durch Bundes-/EU-Mittel bzw. aus dem Produktplan 11 Justiz ist nach aktuellem Stand nicht darstellbar. Die Senatorin für Justiz und Verfassung wird anderweitige, sich ggf. im weiteren Jahresverlauf 2023 ergebende Möglichkeiten zur Abdeckung der Mittelbedarfe durch Bundes- und EU-Mittel sowie innerhalb des bestehenden Ressortbudgets fortlaufend prüfen. Diese wären vorrangig vor einer Kreditfinanzierung einzusetzen.

## **II. Personalwirtschaftliche Auswirkungen**

Es ergeben sich keine zusätzlichen personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

## **III. Genderprüfung**

Der gesellschaftliche Anspruch auf einen funktionierenden Rechtsstaat, hier in der Form der Unterbringung von Gefangenen nach menschenrechtlichen Mindeststandards auch im Krisenfall, besteht unabhängig von der geschlechtlichen Identität.

Strafgefangene sind zu weit über 95% Männer. Der Frauenanteil bei den Bediensteten der JVA beträgt ca. 30%.

Der Frauenanteil bei den Bediensteten der Gerichte und Staatsanwaltschaften beträgt ca. zwei Drittel. Der gesellschaftliche Anspruch auch und gerade bei der Erbringung öffentlicher Aufgaben, möglich wenig Energie zu verbrauchen, besteht unabhängig von der geschlechtlichen Zuordnung.

## **E. Beteiligung / Abstimmung**

Die Abstimmung mit dem Senator für Finanzen und der Senatskanzlei ist eingeleitet. Außerdem wurde die Vorlage dem Koordinierungsstab Gasmangellage zur Kenntnis zugeleitet.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister geeignet.

### **Der Senat beschließt vorbehaltlich der Verkündung des Haushaltsgesetzes:**

1. Der Senat stimmt den dargestellten Planungen
  - a. zum Austausch der bestehenden Beleuchtung durch LED im Dienstgebäude Richtweg 16-22,
  - b. zur Durchführung von Energieaudits und Energieberatungen im Geschäftsbereich der Senatorin für Justiz und Verfassung,
  - c. zur Notfallversorgung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten zu.
2. Der Senat stimmt der dargestellten Finanzierung in Höhe von 185.000 Euro im Produktplan 99 Klimastrategie, Ukraine/Energiekrise aus den vorgesehenen Globalmitteln zur Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs sowie der Energiekrise zu.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Justiz und Verfassung, anderweitige sich ggf. im weiteren Jahresverlauf 2023 ergebende Möglichkeiten zur Abdeckung der Mittelbedarfe durch Bundes- und EU-Mittel sowie innerhalb des bestehenden Ressortbudgets fortlaufend zu prüfen. Diese wären vorrangig vor einer Kreditfinanzierung einzusetzen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Justiz und Verfassung und den Senator für Finanzen die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

## Antragsformular

### Globalmittel Ukraine-Krieg/Energiekrise

<b>Senatssitzung:</b>	<b>Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:</b>	
<u>11.04.2023</u>	<u>Sicherstellung einer humanitären Unterbringung von Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten auch während einer Gasmangellage/eines Stromausfalls</u>	
<b>Maßnahmenkurzbeschreibung:</b> (Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.)		
In den Justizvollzugsanstalten sind aktuell ca. 650 Gefangene untergebracht. Auch im Falle einer Gasmangellage mit Ausfall der Wärme- und/oder Stromversorgung für die Justizvollzugsanstalten sind die Mindestgrundsätze der Vereinten Nationen für die Behandlung der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) einzuhalten. Es sind deshalb Maßnahmen der Wärme-, Wasser-, Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Hierfür sind Notvorräte (Kaltlebensmittel), Decken, Wasserkanister und –tanks und mobile Notstromeinheiten zu beschaffen.		
<b>Maßnahmenzeitraum und –kategorie</b>		
Beginn: 01.04.2023	voraussichtliches Ende: 30.09.2023	
Zuordnung zu inhaltl. Bereichen aus der Senatsvorlage <a href="#">15.11.2022</a> (Drop-Down Menü):  7. Stärkung der Krisenresilienz bezüglich drohender Gasmangellage und energieverorgungsbedingter Gefahrenlagen		
<b>Zielgruppe/-bereich:</b> (Wer wird unterstützt?)		
Justizvollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven.		

<b>Maßnahmenziel:</b> (Welche Ziele werden angestrebt?)		
Die Unterbringung von Gefangenen nach menschenrechtlichen Mindeststandards auch im Krisenfall bei Ausfall der Wärme- und/oder Stromversorgung.		
<b>Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung</b>	<b>Einheit</b>	<b>Planwert 2023</b>
- Beschaffung mobiler Wassertanks	- Wassertanks	- 20
- Beschaffung Wasserkanister	- Kanister	- 1.000
- Beschaffung Mikrofaserdecken	- Mikrofaserdecken	- 1.700
- Beschaffung mobiler Notstromversorgung	- Mobile Notstromaggregate	- 4

### Begründungen und Ausführungen zu

<p><b>1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zum Ukraine-Krieg/der Energiekrise (kausaler Veranlassungszusammenhang):</b> (Inwieweit steht diese Maßnahme im nachweisbaren, kausalen Veranlassungszusammenhang zur Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise? Inwieweit resultiert die Maßnahme aus der Notsituation bzw. ist dem Zweck der Bewältigung der Notsituation gewidmet?)</p>
<p>Der Krieg hat sich auf die Energieversorgungssicherheit in Deutschland ausgewirkt. Bei Störungen innerhalb der Primärenergieversorgung wird auch mit länger anhaltenden Ausfall der Wärme- und Stromversorgung gerechnet. Länger anhaltender Ausfall der Energieversorgung würde die humanitäre Unterbringung der Gefangenen ohne geeignete Maßnahmen verunmöglichen. Es sind daher zwingend Maßnahmen zur Versorgung mit Lebensmittel und der Wasserversorgung sowie des ausreichenden Wärmeschutzes sicherzustellen.</p>
<p><b>2. der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Maßnahme zur Bewältigung der Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise</b> (Bitte im Dreiklang jeweils Aussagen zur Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit: Ist die Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen zur Bewältigung der Notsituation Ukraine-Krieg/Energiekrise bzw. deren Folgen?)</p>
<p>Die vorgesehenen Beschaffungen stellen ausschließlich eine Notversorgung der Gefangenen sicher. Ein Vollzug, der einen menschlichen Grundbedarf nicht sicherstellen kann, müsste die Freiheitsbeschränkungen unmittelbar aufheben.</p>



<p><b>2.1 Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländern?</b> (Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen)</p>
<p>Alle Landesjustizverwaltung haben vergleichbare Maßnahmen ergriffen.</p>
<p><b>3. der Zusätzlichkeit bzw. Notwendigkeit des zeitlichen Vorziehens oder verstärkten Umsetzens der Maßnahme (in Abgrenzung zu "ohnehin geplanten"-Maßnahmen)</b> (Inwieweit zeichnet sich diese Maßnahme durch eine Zusätzlichkeit (im Sinne von neuen, krisenbedingt zu ergreifenden Maßnahmen) oder bei vorhandenen Planungen durch ein krisenbedingt erforderliches zeitliches Vorziehen oder eine krisenbedingte erforderliche verstärkte Umsetzung aus?)</p>
<p>Vor Eintritt der Ukraine-Krise gab es aufgrund der gesicherten Energieversorgungslage keine Planungen die Justizvollzugsanstalten entsprechend auszustatten. Die Neubewertung erfolgt ausschließlich im Hinblick auf die aktuell eingetretene Krise</p>
<p><b>4. der Darstellung von Folgekosten</b> (Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, die über die Laufzeit bis Ende 2023 hinausgehen, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Ressortbudgets gedeckt werden müssen.)</p>
<p>Keine.</p>
<p><b>5. anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten</b> (Welche anderen Finanzierungen z.B. bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sowie Deckungsmöglichkeiten innerhalb des Ressortbudgets sind geprüft worden?)</p>
<p>Es stehen aktuell keine Förderprogramme zur Verfügung. Eine Darstellung der Maßnahme im Produktplan 11 ist ausgeschlossen.</p>
<p><b>6. Darstellung der Klimaverträglichkeit</b></p>
<p>Auf dem Markt befindliche mobilen Netzersatzanlagen werden mit Diesel betrieben, diese sind im Falle des erzwungen notwendigen Betriebs klimaschädlich. PV-Anlagen auf den Dächern der Dienststellen sind wünschenswert, sie können aber die benötigte Kapazität nicht vollumfänglich zu jeder Jahreszeit gewährleisten, der Betrieb der Netzersatzanlagen auf Basis eines Verbrennungsaggregats ist daher alternativlos</p>

### 7. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter

Der gesellschaftliche Anspruch auf einen funktionierenden Rechtsstaat, hier in der Form der Unterbringung von Gefangenen nach menschenrechtlichen Mindeststandards auch im Krisenfall, besteht unabhängig von der geschlechtlichen Identität.

Strafgefangene sind zu weit über 95% Männer. Der Frauenanteil bei den Bediensteten der JVA beträgt ca. 30%.

### 8. Darstellung der Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund

Der gesellschaftliche Anspruch auf einen funktionierenden Rechtsstaat, hier in der Form der Unterbringung von Gefangenen nach menschenrechtlichen Mindeststandards auch im Krisenfall, besteht unabhängig von einem Migrationshintergrund

### **Ressourceneinsatz:**

(Bereitstellung Kreditfinanzierung erfolgt ausschließlich über den Landeshaushalt, dabei Differenzierung zwischen direkten Landesausgaben und Zuweisungen des Landes an die Stadtgemeinden für kommunale Aufgaben. Kombinationen möglich.)


### **Direkte Landesausgaben (Auszahlung aus dem Landeshaushalt bspw. an Dritte)**

<b>Ressourceneinsatz 2023</b>	
<b>Aggregat</b>	<b>Land Bremen (in T €)</b>
Mindereinnahmen	0 €
Personalausgaben (Kernverwaltung)	0 €
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten. Kernverwaltung)	0 €
Konsumtiv	0 €
Investiv	75.000 €

## Zuweisungen vom Land an die Stadtgemeinden (für kommunale Aufgaben)

Ressourceneinsatz 2023		
Zuweisung vom Land an Stadtgemeinden	Bremen (in T €)	Bremerhaven (in T €)
Verrechnungs- / Erstattungs Ausgaben vom Land - investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Verrechnungs- / Erstattungs Ausgaben vom Land - konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Davon Mittelverwendung in den Stadtgemeinden aufgeteilt auf Aggregate:		
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

### Geplante Struktur:

Verantwortliche Dienststelle
<b>Senatorin für Justiz und Verfassung</b>
Ansprechperson


### Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
<ul style="list-style-type: none"> <li>- WU-Übersicht</li> <li>- ...</li> </ul>
Begründung, falls keine WU-Übersicht beigefügt wurde
<p>Es handelt sich um eine Maßnahme zur Sicherstellung unaufschiebbarer Justizdienstleistungen im Falle eines langfristigen Energieausfalls. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist daher unterblieben. Die Beschaffung folgt aber dennoch den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Rahmen der bestehenden Vergabevorschriften.</p>

## Antragsformular

### Globalmittel Ukraine-Krieg/Energiekrise

<b>Senatssitzung:</b>		<b>Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:</b>	
<u>11.04.2023</u>		<u>Installation von LED-Beleuchtungen am Standort Richtweg</u> <u>und Durchführung von Energieberatungen bei den Gerichten</u> <u>und Staatsanwaltschaften sowie der JVA</u>	
<b>Maßnahmenkurzbeschreibung:</b> (Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.)			
<p>Um kurzfristige Energieeinsparungspotentiale auch in der öffentlichen Verwaltung zu identifizieren und zu nutzen, sollen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Ein Energieaudit nach DIN 16247-1 in der JVA durchgeführt,</li> <li>b) Energieberatungen für die Standorte der Gerichte und Staatsanwaltschaften und</li> <li>c) der Austausch von bestehender Beleuchtung durch flächendeckende Umrüstung auf LED im Dienstgebäude Richtweg durchgeführt werden.</li> </ul> <p>Die Maßnahmen waren im 10 Millionenprogramm bereits bewilligt, sind aber zurückgestellt worden, weil ein Mittelabfluss in 22 nicht mehr sichergestellt werden konnte.</p>			
<b>Maßnahmenzeitraum und –kategorie</b>			
Beginn:		voraussichtliches Ende:	
01.04.2023		31.12.2023	
<p>Zuordnung zu inhaltl. Bereichen aus der Senatsvorlage <a href="#">15.11.2022</a> (Drop-Down Menü):</p> <p>8. Kurzfristige Energieeinsparungspotentiale auch in der öffentlichen Verwaltung nutzen, um die Gasmangellage akut zu bekämpfen</p>			
<b>Zielgruppe/-bereich:</b> (Wer wird unterstützt?)			
Senatorin für Justiz und Verfassung, Gerichte und Staatsanwaltschaften, JVA.			

<b>Maßnahmenziel:</b> (Welche Ziele werden angestrebt?)		
Die beschriebenen Energieaudits und Energieberatungen dienen der Identifizierung von kurzfristig realisierbaren Energieeinsparpotentialen in den betroffenen Liegenschaften. Durch den Austausch der bestehenden Beleuchtung durch eine flächendeckende LED-Beleuchtung wird der Energieverbrauch im Dienstgebäude der Senatorin für Justiz und Verfassung nachhaltig gesenkt werden.		
<b>Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung</b>	<b>Einheit</b>	<b>Planwert 2023</b>
- Installation LED-Beleuchtung	- Umstellung SJV	- 1
- Durchführung von Energieberatungen	- <i>Energieberichte</i>	- 6
- ...	- ...	- ...

### Begründungen und Ausführungen zu

<p><b>1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zum Ukraine-Krieg/der Energiekrise (kausaler Veranlassungszusammenhang):</b> (Inwieweit steht diese Maßnahme im nachweisbaren, kausalen Veranlassungszusammenhang zur Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise? Inwieweit resultiert die Maßnahme aus der Notsituation bzw. ist dem Zweck der Bewältigung der Notsituation gewidmet?)</p>
<p>Der Krieg hat sich auf die Energieversorgungssicherheit in Deutschland ausgewirkt. Neben Fragen der Energieproduktion und –beschaffung, tritt zur Herstellung einer sicheren Versorgungslage für den nächsten Winter eine nachhaltige Senkung des Energieverbrauchs in den Fokus. Eine flächendeckende Reduzierung des Stromverbrauchs hat somit eine unmittelbare Wirkung auf die Resilienz des Versorgungssystems</p>
<p><b>2. der <u>Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit</u> der Maßnahme zur Bewältigung der Notsituation des Ukraine-Kriegs/der Energiekrise</b> (Bitte im Dreiklang jeweils Aussagen zur Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit: Ist die Maßnahme geeignet, erforderlich und angemessen zur Bewältigung der Notsituation Ukraine-Krieg/Energiekrise bzw. deren Folgen?)</p>
<p>Die Energieaudits und- Beratungen entsprechen einer Verpflichtung nach § 8 EDL G, welches allerdings direkt nur für Unternehmen gilt. Das <b>Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G)</b> soll für einen geringeren <a href="#">Primärenergieverbrauch</a> sorgen. Es geht auf eine EU-Richtlinie zurück und</p>

richtet sich vorwiegend an [Unternehmen](#). Das öffentliche Einrichtungen auf ihr Freistellungsprivileg verzichten, ist in Anbetracht des Ausmaßes der Energiekrise angemessen.

Die Umrüstung auf LED- Beleuchtung spart unmittelbar Energie.

Eine flächendeckende Reduzierung des Stromverbrauchs hat eine unmittelbare Wirkung auf die Resilienz des Versorgungssystems. Mit den beschriebenen Maßnahmen leistet die Justiz den notwendigen Beitrag in ihrem Verantwortungsbereich.

**2.1 Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländern?**

(Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen)

Alle Landesjustizverwaltungen streben den Austausch der Beleuchtung an.

Das BAFA fördert entsprechende Energieaudits, antragsberechtigt sind aber nur Kommunen.

**3. der Zusätzlichkeit bzw. Notwendigkeit des zeitlichen Vorziehens oder verstärkten Umsetzens der Maßnahme (in Abgrenzung zu "ohnehin geplanten"-Maßnahmen)**

(Inwieweit zeichnet sich diese Maßnahme durch eine Zusätzlichkeit (im Sinne von neuen, krisenbedingt zu ergreifenden Maßnahmen) oder bei vorhandenen Planungen durch ein krisenbedingt erforderliches zeitliches Vorziehen oder eine krisenbedingte erforderliche verstärkte Umsetzung aus?)

Aufgrund anderer Forderungen im Investitionshaushalt des Ressorts, ist die bekannte Energieeinsparungsmaßnahme durch LED dauerhaft als posterior bewertet. Vor Eintritt der Ukraine-Krise gab es aufgrund der gesicherten Energieversorgungslage keinen Anlass, jenseits der im Turnus erfolgenden Standardgebäudesanierung, systematischen Aufschluss über die Energiebilanz der eigenen Arbeitsprozesse und genutzten Gebäude zu erhalten.

**4. der Darstellung von Folgekosten**

(Werden durch die Maßnahme Folgekosten verursacht? Projekte mit Folgekosten, die über die Laufzeit bis Ende 2023 hinausgehen, sind nur insofern förderfähig, als dauerhafte Folgekosten innerhalb des jeweiligen Ressortbudgets gedeckt werden müssen.)

Die Installation von LED-Leuchten bedingt keine direkten Folgekosten. Die durch die Energieberatungen identifizierten Maßnahmen, werden Folgekosten im Bereich der energetischen Sanierung erfordern. Die Maßnahmen werden in Abstimmung mit Immobilien Bremen geplant und zu den jeweiligen Handlungsfeldern des Aktionsplans Klimaschutz und im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024/25 angemeldet werden.

<p><b>5. anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten</b> (Welche anderen Finanzierungen z.B. Bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sowie Deckungsmöglichkeiten innerhalb des Ressortbudgets sind geprüft worden?)</p>
<p>Es stehen aktuell keine Förderprogramme für die Installation von LED-Beleuchtung. Eine Darstellung dieser Maßnahme im Produktplan 11 ist ausgeschlossen. Das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) fördert entsprechende Energieaudits, antragsberechtigt sind aber nur Kommunen.</p>
<p><b>6. Darstellung der Klimaverträglichkeit</b></p>
<p>Die Installation von LED-Beleuchtungen schafft einen unmittelbaren Effekt zur Energieeinsparung und trägt zur Verbesserung der Klimaverträglichkeit der Gebäudebewirtschaftung bei. Die Durchführung von Energieberatungen schafft die Basis für eine gezielte Verbesserung der Klimaverträglichkeit der Liegenschaften in der Justiz.</p>
<p><b>7. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter</b></p>
<p>Der Frauenanteil bei den Bediensteten der Gerichte und Staatsanwaltschaften beträgt ca. 2/3, bei den Bediensteten der JVA liegt er bei ca. 30%. Der gesellschaftliche Anspruch auch und gerade bei der Erbringung öffentlicher Aufgaben, möglich wenig Energie zu verbrauchen, besteht unabhängig von der geschlechtlichen Zuordnung.</p>
<p><b>8. Darstellung der Berücksichtigung von Menschen mit Migrationshintergrund</b></p>
<p>Der gesellschaftliche Anspruch auch und gerade bei der Erbringung öffentlicher Aufgaben, möglich wenig Energie zu verbrauchen, besteht unabhängig vom Migrationshintergrund.</p>

**Ressourceneinsatz:**

(Bereitstellung Kreditfinanzierung erfolgt ausschließlich über den Landeshaushalt, dabei Differenzierung zwischen direkten Landesausgaben und Zuweisungen des Landes an die Stadtgemeinden für kommunale Aufgaben. Kombinationen möglich.)

**Direkte Landesausgaben (Auszahlung aus dem Landeshaushalt bspw. an Dritte)**


<b>Ressourceneinsatz 2023</b>	
<b>Aggregat</b>	<b>Land Bremen (in T €)</b>
Mindereinnahmen	0 €
Personalausgaben (Kernverwaltung)	0 €
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten. Kernverwaltung)	0 €
Konsumtiv	0 €

Investiv	110.000 €
----------	-----------

### Zuweisungen vom Land an die Stadtgemeinden (für kommunale Aufgaben)

Ressourceneinsatz 2023		
Zuweisung vom Land an Stadtgemeinden	Bremen (in T €)	Bremerhaven (in T €)
Verrechnungs- / Erstattungs Ausgaben vom Land - investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Verrechnungs- / Erstattungs Ausgaben vom Land - konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Davon Mittelverwendung in den Stadtgemeinden aufgeteilt auf Aggregate:		
Mindereinnahmen	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Personalausgaben	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
VZÄ (sowie Angabe Dauer in Monaten)	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Konsumtiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Investiv	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

### Geplante Struktur:

Verantwortliche Dienststelle
<b>Senatorin für Justiz und Verfassung</b>
Ansprechperson


### Anlagen:

Beigefügte Unterlagen
<ul style="list-style-type: none"> <li>- WU-Übersicht</li> <li>- ...</li> </ul>
Begründung, falls keine WU-Übersicht beigefügt wurde
<p>Es handelt sich um Maßnahme zur Energieeinsparung der Gebäudebewirtschaftung in der Justiz. Die Maßnahmen leisten einen direkten Beitrag zur Stärkung der Resilienz der Energieversorgung. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist daher unterblieben. Die Maßnahmen folgen aber dennoch den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Rahmen der bestehenden Vergabevorschriften.</p>